

## **Amtsführung von Oberbürgermeister Risch erneut im Focus**

Am Ende der Sommerpause überraschte die Stadtverwaltung von WSF die Bürger mit einem bekannten Thema. Die Eröffnungsfeier für den Neubau der Straße an der Promenade geriet zum Fiasko. War schon der Beginn mit Negativschlagzeilen durch die Fällung der Baumallee überschattet, so zog sich der Bauablauf durch langen Winter und Hochwasser in die Länge. Genug Zeit eigentlich, um auf einen grundlegenden Mangel aufmerksam zu werden. Statt versprochenen gegenläufigen Verkehr, wird es trotz betriebenen Aufwandes vorläufig bei einer Einbahnstraße bleiben. Dies hat, nach Wegfall der Bauzäune, einen für alle einsehbaren Grund. Busse benötigen einen großen Radius, um von der Leipziger Straße in die Straße an der Promenade zu kommen. Nach dem Desaster Busbahnhof, ein neues missratenes Bauprojekt. Ein hoher 6-stelliger wird wohl wieder einmal auf die WSF- Bürger zukommen. Das ganze kann man schon nicht mehr Zufall oder Schicksal nennen. Der Schlendrian und der leichtfertige Umgang mit Haushaltsmitteln haben in WSF System (Geldverschwendung!). Eine mangelnde Aufsicht, verbunden mit fehlender fachlicher Qualifikation im zuständigen Amt, gehören zu den entscheidenden Ursachen. Es reicht nicht die Verantwortung auf Planer oder Bauleute abzuschieben. Hier hat die Verwaltungsspitze versagt. Genau auf dieses Manko hat

die BI für sozial gerechte Abwasserabgaben mit ihren Antrag an den Stadtrat am 18. 07. 2013 hingewiesen. Es geht um die für viele Bürger immer sichtbarer werdende inakzeptable Amtsführung des Oberbürgermeisters Risch. Wenn es nach Verwaltung/Rechtsamt und Stadtratsvorsitzenden Freiwald/Linke geht, soll dieser Antrag nicht im nächsten Stadtrat unter den TOPs stehen. Auf das entsprechende Schreiben des Herrn Otto hat die BI reagiert. In dem im Anhang beigefügten Schreiben besteht die BI auf Einhaltung von Satzungsrecht. Die aufgeführten Versäumnisse des Verwaltungschefs sind eine gemeindliche Angelegenheit, eine öffentliche Aussprache im Stadtrat ist das Mindeste was der Bürger erwarten kann. Zusätzlich wurden die für die Einhaltung von Satzungsrecht zuständigen Behörden informiert (Anlage).

Das aktuelle Beispiel bestätigt die grundlegende Notwendigkeit einer Wende in der WSF'er Kommunalpolitik.

Vorstand der BI für sozial gerechte Abwasserabgaben